

atomstopp

atomkraftfrei leben!

1. Quartal 2010, 35. Jahrgang, Nr. 209

Online-Ausgabe





3.700 km später ...

Die Österreich-Tour „RAUS aus EURATOM“ hat uns quer durchs Land gebracht. Gestartet am 15. September - mit insgesamt 11 Stationen: Bregenz, Lienz, Kötschach-Mauthen, Seeham, Scharnstein, Linz, Gutau, Gmünd, St. Pölten, Graz, Eisenstadt und dann die Schlussveranstaltung in Wien am 24. Oktober ...

Spannende Diskussionen, sehr viel positive Resonanz von den Organisationen und regionalen Medien, jede Menge höchstrangiger politischer Unterstützung und eine von ganz viel Freude getragene Schlussveranstaltung in Wien - darauf können wir zurückblicken. Diese *atomstopp* ist eine Nachlese (und eine Nachschau, weil es viele Fotos zum Schauen gibt) zu der Tour. Ziel war es, die Kampagne auch regional bekannt zu machen - in allen Bundesländern.

3.700 km später sind wir mit der Österreich-Tour also in Wien - vor dem Parlament - angekommen: Am Zielpunkt der Kampagne! Die Bundesländer haben sich in Resolutionen schon klar positioniert - sie wollen RAUS aus EURATOM! Fast 100 Gemeinden quer durch Österreich - ebenfalls: klar positioniert: RAUS aus EURATOM! 80 Organisationen/Vereine/Unternehmen aus dem Anti-Atom/Umwelt/Erneuerbare Energien-Bereich fordern unmissverständlich: RAUS aus EURATOM!

Und die Bundesregierung? Sie stellt sich taub! NICHTS - keine Anzei-

chen, dass die Bundesregierung irgendwie aktiv werden würde und den Ausstieg Österreichs aus EURATOM in Angriff nimmt. Es gibt bereits eine Diplomatische Note, die vom Bundespräsidenten unterzeichnet werden muss ... vorgestellt wurde diese Diplomatische Note am 8. Juli 2009 mit einer Aktion der Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE).

„Taubstellen“, „Durchtauchen“, „Aussitzen“, „Hoffen“, dass sich die Kampagne irgendwann totläuft - ... diese Taktik kennen wir schon von unserem Widerstand gegen das AKW Temelin ... dabei haben manche Entscheidungsträger und sonstige einflussnehmende Organe eine erdenklich schlechte Figur gemacht - mehr dazu auf den Seiten 6 und 7 dieses *atomstopp*.

Ob man die Kampagne „RAUS aus EURATOM“ mit dem Widerstand gegen das AKW Temelin vergleichen kann? Die Wichtigkeit von „solchen“ Kampagnen hat jedenfalls

Andreas Molin - Leiter der Nuklearkoordination im Umweltministerium bei der Diskussionsveranstaltung (veranstaltet von Umwelt Management Austria zum Thema: „EURATOM - Aussteigen oder Bleiben?“) am 19. Oktober in St. Pölten mit seiner Bemerkung unterstrichen: „Ohne Kampagnen wie diese würde die Politik nichts machen ...“

Und das gilt für EURATOM genauso wie für Temelin: Um gehört zu werden, müssen leider oft auch unbequeme Mittel in die Hand genommen werden. Das wird von der Politik und anderen einflussnehmenden Organen oft als den Vereinen entsprechend akzeptiert - früher oder später werden aber die Grenzen aufgezeigt und dann hat der Widerstand gefälligst zu unterbleiben oder noch besser: unsichtbar zu werden ... Konsequenz ist das nicht. Eher kontraproduktiv.

Roland Egger
Obmann



Parlament in Wien: Zielpunkt der Österreich-Tour „RAUS aus EURATOM“



Ein Fahnenmeer zu Füßen der Pallas Athene... gute Stimmung!



An die 100 Aktivist_innen und Sympathisant_innen freuten sich über den gelungenen Abschluss der Österreich-Tour „RAUS aus EURATOM“. Nachdem es im Vorfeld noch hektisch zuging (Finanzierung der Veranstaltung über die Anti Atom Offensive des Landes OÖ nicht bewilligt, trotz bestmöglichem Einsatz von SPÖ-Abgeordneten keinen Strom für die Musiker_innen aus dem Parlament bekommen (da könnte dann ja jeder kommen und a bissl einen Strom vom Parlament haben wollen) und ja, auch der Veranstaltungsort musste verlegt

werden ... denn der ursprüngliche Veranstaltungsort - der Ballhausplatz - musste für das Bundesheer und die Aufbauarbeiten für den Nationalfeiertag frei bleiben). Umso ausgelassener wurde dann gefeiert und auch getanzt (wie man unschwer auf den Fotos erkennen kann!). Musikalisch umrahmt von Natasha & The Bluescrackers. Spritzig moderiert von Didi Sommer. Und mit hochkarätigen Redner_in: Christiane Schmutterer, Peter Weish und Erwin Mayer. **Danke an alle, fürs Dabeisein - für die Unterstützung, danke an die Redner_in!**

Die RAUS aus EURATOM Österreich - Tour

Alle im Vorarlber Landtag vertretenen Klubobleute und ÖVP-Landesrat Erich Schwärzler bei Tour-Start

Hildegard Breiner, Sprecherin der Vorarlberger Plattform gegen Atomgefahren und Obfrau des Naturschutzbundes Vorarlberg freute sich über den gelungenen Auftakt zur Österreich-Tour „RAUS aus EURATOM“ am 15. September in Bregenz: „Dass die Klubobleute aller im Vorarlberger Landtag vertretenen Parteien und Landesrat Erich Schwärzler die Landtagsresolution zum EURATOM-Ausstieg bekräftigen und uns zum Auftakt der Österreich-Tour „RAUS aus EURATOM“ unterstützen, ist ein sehr schönes Zeichen der Solidarität mit unserer Forderung an die Bundesregierung.“ Sollten die Bemühungen um eine Reform des EURATOM-Vertrages nicht fruchten, stellte das Land Vorarlberg den Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag in Aussicht.



Atomstromtransit - Nein DANKE!

Franz Mangelberger, Sprecher der Bürgerinitiative gegen 380 kV-Stromtransitfreileitung Seham: „Laut Masterplan vom Verbund soll in den Zentralalpen die installierte Pumpleistung von derzeit rund 1.200 MW auf bis zu 5.500 MW im Jahr 2020 gesteigert werden. Der Verbund wird sich diese Stromflüsse quer durch Österreich teuer abgelden lassen - nur alle jene, die von den 380 kV-Leitungen betroffen sind, haben die Zeche dafür zu zahlen! Strom soll dort produziert werden, wo er gebraucht wird und nicht über monströse Leitungen quer durch Europa fließen.“



Bregenz



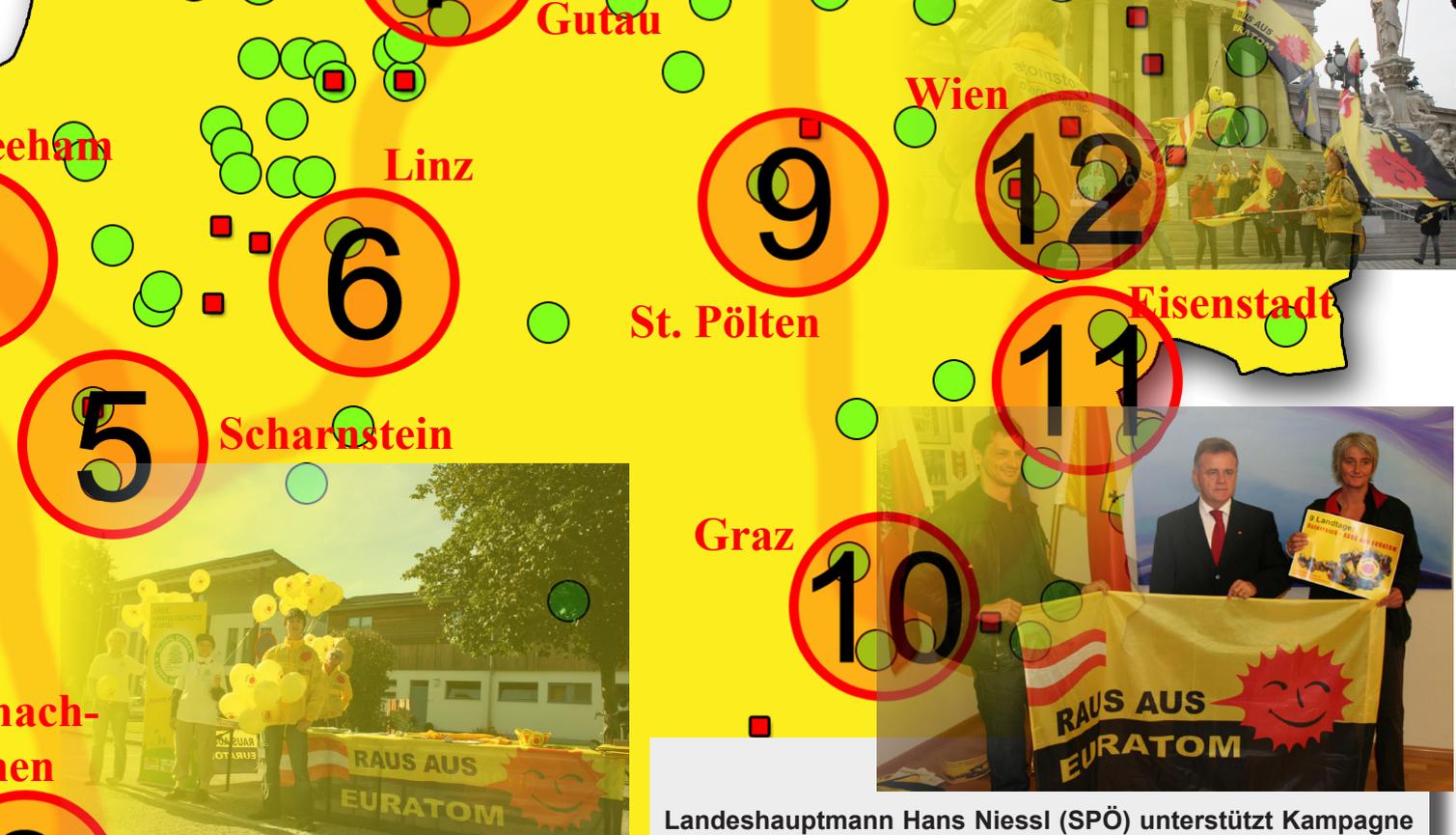
Lienz

**Kötsch
Mauth**

Wechseln Sie zu einem anerkannten Ökostrom-Anbieter = Atomausstieg selber machen!

Mit dem einfachen Wechsel zu einem anerkannten Ökostromanbieter - wie die Alpen Adria Naturstrom Vertrieb GmbH (www.aae.at) - kann jeder klar machen: Ich will keinen Atomstrom bei mir zuhause, auch keinen sauber gewaschenen Atomstrom! Atomkraftwerke an den österreichischen Grenzen bekämpfen, Einwendungen schreiben, demonstrieren - aber gleichzeitig Atomstrom im eigenen Haushalt haben: Das passt einfach nicht zusammen! Eine große Nachfrage nach Ökostrom - auch auf europäischer Ebene - würde die Förderpolitik der einzelnen Länder sowie jene der Europäischen Kommission grundlegend verändern und endlich substantielle Fördermittel in Richtung der Entwicklung erneuerbarer Energien kanalisieren. Steigen Sie noch heute auf einen anerkannten Ökostrom-Anbieter um!

■ Unterstützende Organisationen, Landtage



Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ) unterstützt Kampagne „RAUS aus EURATOM“

Besonders erfreulich ist, dass der burgenländische Landeshauptmann seine Unterstützung für die Kampagne zugesichert hat: Landeshauptmann Hans Niessl, der das Burgenland bis 2013 stromautark und bis 2020 energieautark machen möchte, spricht sich klar gegen die Atomkraft aus: „Die Atomkraft ist der falsche Weg. Unser Ziel ist es, energieautark zu werden. Im Burgenland gibt es dazu große Anstrengungen. In vielen Bereichen sind wir Vorreiter. Es gibt keine Region, in der so viele Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energie gesetzt werden. Deshalb unterstütze ich den Ausstieg aus EURATOM.“ Das Burgenland hat sich in einer Landtagsresolution als erstes Bundesland bereits im März 2007 für einen Ausstieg Österreichs aus EURATOM ausgesprochen.

Gemeinden mit „RAUS aus EURATOM“ - Resolution



AKW Temelin – oder:

Wie man erfolgreich die Bevölkerung ausbremst.

von Roland Egger und Gabriele Schweiger

Jahrelang wurden an den Grenzen zu Tschechien etwa von den Müttern gegen Atomgefahr aus Freistadt Infostände betreut: In Südböhmen soll das erste Atomkraftwerk seit dem SUPER-Gau von Tschernobyl in Betrieb gehen. 80 km von Freistadt in Oberösterreich entfernt. Sämtliche Informativität geht jedoch ins Leere.

Man schreibt das Jahr 2000: Die Aufregung bei der tschechischen Politik ist groß. Besorgte Menschen versammeln sich nun an der Grenze zu Tschechien, um ihren Sorgen Ausdruck zu verleihen und die Politik zum Handeln zu bringen.

Die Proteste erreichen ungeahnte Ausmaße, einen nie da gewesenen politischen Schulterchluss: Ärzte, Hausfrauen, Krankenschwestern, Apotheker, Beamte, Lehrer und Schüler, sie alle protestieren. Bauern fahren mit ihren Traktoren auf, Sitzblockaden werden veranstaltet, nächteweise an den Grenzübergängen campiert. Illegal. Also ohne behördliche Genehmigung. Im Spätherbst.

Grund der Proteste: In Tschechien soll das AKW Temelin WWER-1000 – russischer Bauart, nachgerüstet mit amerikanischer Technologie – in Betrieb gehen. Ein baugleicher Typ in der ehemaligen DDR wurde nach der Wende nicht fertiggebaut – eine Nachrüstung wäre technisch zu aufwendig und kostspielig gewesen. Trotz Nachrüstung bleiben beim AKW Temelin sieben (!) gravierende Sicherheitsdefizite. Besonders kritisiert wird die parallele Führung von hochenergetischen Leitungen auf der 28,8m-Bühne. Der Bruch von einer Leitung hätte unter Umständen katastrophale Auswirkungen auf die Kühlung des Reaktors – eine Kernschmelze wäre die Folge.

Zu der Zeit laufen mit Tschechien die Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union. Die „Sicherheitsstandards“ im AKW Temelin werden im Rahmen des Energiekapitels behandelt. In der Hochphase haben alle politischen Parteien in Oberösterreich zu den Grenzblockaden aufgerufen. Zehntausende Menschen schlossen sich den Protesten an. ... dennoch: Die Kettenreaktion wird am 9. Oktober 2000 gestartet. Der oberösterreichische Landeshauptmann dankt via Medien

allen Menschen, die nächtelang an den Grenzen ausgeharrt haben.

Um den Protesten an den Grenzübergängen Herr zu werden, einigt sich die Politik in Tschechien und Österreich – unter Vermittlung des damaligen EU-Erweiterungskommissars im Dezember 2001 auf das Brüsseler Abkommen, in dem Tschechien u.a. verpflichtet, dem AKW Temelin erst dann den kommerziellen Betrieb zu genehmigen, wenn alle offenen Sicherheitsdefizite gelöst sind. Völkerrechtlich verbindlich ist das Abkommen, nach allgemeinem Befinden und: es sollte – so die Aussagen des österreichischen Bundeskanzlers vor dem Parlament in Wien im Dezember 2001 – dem EU-Beitrittsvertrag mit Tschechien übernommen werden. Besondere Informationspflichten bei Störungen im AKW Temelin sollten für vertrauensbildend bei der österreichischen Bevölkerung wirken.

Nach dem Abschluss des Melker Abkommens im Dezember 2001 wird es an den Grenzen ruhig. Kein Wunder: Hat doch Bundeskanzler Kanzler die Unterlassung weiterer Grenzblockaden als Unterpfand in die Verhandlungen mit Tschechien eingebracht. Die Politik in Österreich setzt auf Diplomatie, Verhandlungen, Diskussionen.

Die Freiheitliche Partei startet im Februar 2002 ein Volksbegehren, mit dem der Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union wegen des AKW Temelin doch noch verhindert werden soll. Mehr als 900.000 Unterschriften wurden im Volksbegehren gesammelt. Absurdes Detail: Dieselbe Freiheitliche Partei hatte als

damalige Regierungspartei dem Schließen des Tschechischen Energiekapitels zugestimmt und damit ein durchaus wirksames Druckmittel aus der Hand gegeben.

Schon im Dezember 2002 – also ein Jahr nach Abschluss des Brüsseler Abkommens – die erste Ernüchterung: Das Brüsseler Abkommen kommt nicht in den EU-Beitrittsvertrag mit Tschechien. Die Frage der Einklagbarkeit der Österreich zugesicherten Nachrüstungen wird kritisch hinterfragt und die Skepsis und die Sorgen in der Bevölkerung steigen, denn ...

Regelmäßig stattfindende und mit tschechischen und internationalen Experten besetzte Workshops im Rahmen des Brüsseler Abkommens emüchtern zusehends: die vereinbarten Sicherheitsnachrüstungen werden nicht umgesetzt. Die internationalen Experten sind mit den von Tschechien präsentierten Lösungen nicht zufrieden. Dennoch erteilt das tschechische Staatsamt für Kernsicherheit (SUJB) im Oktober 2004 die atomrechtliche Genehmigung und die Baubehörde im November 2006 die letzte noch ausstehende Genehmigung. Laut Internationaler Atomenergiebehörde (IAEO) sind die Reaktoren in Temelin ohnedies seit Oktober 2002 bzw. seit April 2003 im kommerziellen Betrieb. Zu dem Zeitpunkt kommt es ans Tageslicht, dass das im Vertrag zugesicherte Ultimatum „kommerzielle Inbetriebnahme“ im tschechischen Recht überhaupt nicht existiert ...

Neue massive Proteste sind die Folge: Der österreichische Nationalrat fordert im Dezember 2006 einstimmig (!) die Bundesregierung auf, gegen Tschechien eine Völkerrechtsklage wegen Bruch des Brüsseler Abkommen einzubringen. Nur: Die Bundesregierung denkt offensichtlich nicht daran, auf eine lückenlose Umsetzung des Brüsseler Abkommens zu drängen und Tschechien aufzufordern, endlich das Brüsseler Abkommen umzusetzen. Eine Serie von neuen Grenzblockaden von Feber 2007 bis Mai 2007 sind die Folge! Der damalige tschechische Außenminister droht, die EU-Kommission wegen der neuerlichen Grenzblockaden einzuschalten. Leider tut er das aber nicht. Offensichtlich erkennt er rechtzeitig, dass eine solche mediale Aufmerksamkeit Licht in das windige tschechische Verhalten bringen würde – und das auf EU-Ebene ...

Zu guter Letzt wird auch noch aufgedeckt, dass Tschechien nicht einmal den Informationspflichten aus dem Brüsseler Abkommen korrekt nachkommt: 14 Störfälle nach INES-1 wurden nicht wie vereinbart dem österreichischen Umweltministerium gemeldet.

Tschechien quittiert die Grenzblockaden im übrigen sehr kühn: im Jahr 2007 (also 7 Jahre nach Abschluss des Brüsseler Abkommens) – streitet man die völkerrechtliche Verbindlichkeit ab. Lediglich ein Protokoll wäre das Brüsseler Abkommen, das Tschechien zu nichts verpflichten würde. Für Tschechien der einzige Ausweg aus dem Konflikt und ein Eingeständnis, dass man die zugesicherten Sicherheitsnachrüstungen nicht umsetzen kann (siehe baugleicher AKW-Typ in der ehemaligen DDR)?

Dennoch: die wiederaufflammende Grenzblockaden-Serie bewirken immerhin, dass sich der österreichische Bundeskanzler zum Handeln gezwungen sieht: im Mai 2007 übermittelt er dem tschechischen Premierminister eine Diplomatische Note, in der unmissverständlich festgehalten wird, dass aus der österreichischen Sicht das Brüsseler Abkommen nicht umgesetzt wurde. Von einer Völkerrechtsklage sieht man aber ab, nicht zuletzt deshalb weil Tschechien den Internationalen Gerichtshof nicht anerkennt. Einer Klags einbringung beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag wäre aber dennoch möglich. Weitere Verhandlungen werden anberaumt, eine interparlamentarische Kommission installiert, die weiter reden und reden und reden soll ... es gelingt dabei weder, die Frage der völkerrechtlichen Verbindlichkeit des Brüsseler Abkommens zu klären noch die lückenlose Umsetzung des Brüsseler Abkommens zu erreichen.

Das AKW Temelin belastet das österreichisch-tschechische Verhältnis – nach wie vor. Bei allen bilateralen Treffen ist Thema, dass es offene Sicherheitsfragen im AKW Temelin gibt! Dabei wäre der Konflikt so leicht zu beenden: Tschechien stellt die völkerrechtliche Verbindlichkeit des Abkommens außer Frage und setzt alle mit Österreich vereinbarten Sicherheitsnachrüstungen um. Für Streitfragen rund das Brüsseler Abkommens soll der Internationale Gerichtshof anerkannt werden.

Die Intention des Brüsseler Abkommens war aber – und das sieht man leider im Rückblick klar und deutlich – nicht eine Sicherheitsnachrüstung im AKW Temelin. Es ging vielmehr darum, die Proteste an den Grenzen auszubremsen. Milos Zeman – tschechischer Premierminister und Verhandler des Brüsseler Abkommens – schreibt in seinen im Jahr 2005 erschienen Memoiren zum Abkommen: „Ehrlich gesagt war es eine Vereinbarung, die unseren absoluten Sieg bedeutete und gerade deswegen war es notwendig, den Gegner nicht zu erniedrigen, sondern ihm einen roten Teppich zum Rückzug zu legen.“ @

Roland Egger – atomstopp_oberoesterreich,
Obmann atomstopp_atomkraftfrei leben!
Gabriele Schweiger – atomstopp_oberoesterreich,
Mütter gegen Atomgefahr, Freistadt





Auch die Diplomatische Note – in einer Aktion von der Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE) am 8. Juli per Flaschenpost nach Wien geschickt – ist nun am Zielort eingetroffen:

Die Diplomatische Note muss lediglich vom Bundespräsidenten unterzeichnet werden. Er würde sich „behehren, hiermit im Namen der Republik Österreich den Austritt der Republik

Österreich aus dem Vertrag betreffend die Errichtung der Europäischen Atomgemeinschaft, der am 25. März 1957 in Rom unterzeichnet worden, ist zu erklären.“ So leicht wärs...



Impressum:
 Medieninhaber und Herausgeber: atomstopp_atomkraftfrei leben!
 Für den Inhalt verantwortlich: Roland Egger,
 Texte, Layout und grafische Umsetzung: Michael Reitingner, Claudia Kothgassner,
 Redaktion: Promenade 37, 4020 Linz, Tel: (0732) 774275
 Homepage: www.atomkraftfrei-leben.at, eMail: post@atomstopp.at
 Spendenkonto: Hypo Landesbank, BLZ 54000, KtoNr. 205377
 Druck: Plöchl Druck GmbH, 4240 Freistadt Zulassungsnummer: GZ 03Z034981M
 atomstopp wird unterstützt vom Land Oberösterreich und der Stadt Linz